



Soll der Vize unter einer Präsidentin Harris werden: Tim Walz

Die demokratische Präsidentschaftskandidatin Kamala Harris hat die erste bedeutende Entscheidung seit dem Start ihrer Kandidatur getroffen. Wie US-Medien übereinstimmend berichten, hat Harris sich für Tim Walz als ihren Vizekandidaten entschieden.

Der 60 Jahre alte Walz ist aktuell Gouverneur des US-Bundesstaates Minnesota. Zusammen mit Pennsylvanias Gouverneur Josh Shapiro und Arizonas Senator Mark Kelly hatte sich Walz in den vergangenen Tagen als einer der Topfavoriten herauskristallisiert. Harris' Wahlkampfteam wollte auf Anfrage der taz die Wahl von Walz als Vizekandidat noch nicht bestätigen. Bereits am Dienstag planten Harris und ihr zukünftiger Vizekandidat, in Philadelphia ihre erste gemeinsame Kundgebung abzuhalten.

„Er ist eine sichere Wahl. Er kommt aus einem Staat mit einem hohen muslimischen Bevölkerungsanteil. Er kommt zudem aus dem Mittleren Westen, und Harris muss im Mittleren Westen aufholen, um die Wahl zu gewinnen“, sagte der politische Strategie Hank Sheinkopf im Gespräch mit der taz.

Walz wurde 2018 zum Gouverneur von Minnesota gewählt, vor zwei Jahren stimmten die Wähler für seine zweite Amtszeit. Vor seiner Zeit als Gouverneur verbrachte er zwölf Jahre im US-Kongress als Abgeordneter. Bevor er die politische Bühne betrat, arbeitete Walz als Lehrer.

Walz sei ein guter politischer Gegenpol zu Harris, meinte Sheinkopf. „Für Harris' Wahlkampf ist es sehr wichtig, jemanden aus der Mitte auszuwählen. Weil sie in den Wahlkampfsports der Trump-Operation nach links gedrängt wird. Aufgrund ihrer bisherigen Haltung werden sie versuchen, Harris als realitätsfern, als außerhalb des Mainstreams stehend darzustellen. Walz kann dies ausgleichen.“

Walz ist im Grunde genommen das genaue Gegenteil von US-Senator J.D. Vance, dem republikanischen Vizekandidaten von Ex-Präsident Donald Trump. Er ist seit fast zwei Jahrzehnten politisch aktiv. Vance dagegen noch nicht einmal vier Jahre. Er erweitert zudem den Wählerpool von Harris, da er Menschen anspricht, die sie bislang nicht erreichen konnte. Vance spricht hingegen dieselben Wähler an, die Trump bereits für sich gewonnen hat.

Harris' neue Position als erste schwarze Spitzenkandidatin einer der zwei großen US-Parteien bringt automatisch einige Vorbehalte mit sich, sei es aufgrund ihrer eher linksgerichteten Politik, ihrer ethnischen Abstammung oder der Tatsache, dass sie eine Frau ist. Walz ist mit einem Zustimmungswert von über 50 Prozent ein Gouverneur, der viele Befürworter hat. Umwelt- und Jugendinteressenverbänden wie Climate Power oder Voters of Tomorrow haben bereits ihre Unterstützung für Walz erklärt.

„Gouverneur Walz hat sein Leben als Lehrer und Staatsdiener der Ausbildung und Stärkung junger Menschen gewidmet. Er hat die Ressourcen bereitgestellt, die junge Menschen in Minnesota brauchen, um erfolgreich zu sein [...] Seine Führung und unerschütterliche Unterstützung für LGBTQ+ Rechte, reproduktive Freiheit und Gleichberechtigung kommen allen Amerikanern zugute“, sagte Santiago Mayer, Vorsitzender der Jungwählerorganisation Voters of Tomorrow, in einer Stellungnahme.

Es war auch Tim Walz, der Harris republikanischen Rivalen Donald Trump als „weird“, also als „seltsam“, in einem TV-Interview bezeichnet hatte. Der Begriff ging viral und wird seitdem von Demokraten genutzt, um Trump und Vance als nicht führungstauglich darzustellen.

Hansjürgen Mai

Foto: Elisabeth Franzmeiers

Wow-Wahrzeichen oder rechtes Symbol?

In zwei Wochen soll der Turm der Garnisonkirche in Potsdam eröffnet werden. Gegner des Wiederaufbaus sehen in ihr ein Zeichen für Militarismus und Nationalismus

Von Frederik Eikmanns

Mit dem Turm der Potsdamer Garnisonkirche soll eines der umstrittensten Bauvorhaben der vergangenen Jahrzehnte in rund zwei Wochen seinen Abschluss finden. Bei der Eröffnung am 22. August wird unter anderem Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sprechen, wie Vertreter der Stiftung Garnisonkirche am Dienstag bei einer Pressekonferenz ankündigten. Kritiker*innen planen schon Protestaktionen gegen die Eröffnung des Gebäudes, das sie als Symbol für deutschen Militarismus und Nationalismus ablehnen.

Der Verwaltungsvorstand der Stiftung Garnisonkirche, Peter Leinemann, sprach am Dienstag von einem „Turm für die Menschen“. Irritierend erwehnte Leinemann in diesem Zusammenhang auch die kürzlich eröffnete Neue Potsdamer Synagoge – freilich „ohne irgendeinen Vergleich ziehen zu wollen“, wie er beteuerte.

Tatsächlich könnte der Kontrast nicht größer sein. Die Anfänge des 18. Jahrhunderts errich-

tete Garnisonkirche galt spätestens seit der Reichsgründung 1871 als Symbol für die enge Verbindung von protestantischer Kirche und aggressivem Militarismus, Autoritarismus und Nationalismus. 1933 bildete sie die Kulisse für einen Handschlag zwischen dem gerade neu gewählten Reichskanzler Adolf Hitler und Präsident Paul von Hindenburg. Im Zweiten Weltkrieg bei einem Luftangriff der Alliierten schwer beschädigt, ließ die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung die Ruinen der Kirche 1968 sprengen.

Die Initiative zum Wiederaufbau ging nach dem Mauerfall von dem Ex-Bundeswehroffizier Max Klar aus, einem Rechtsradikalen. Nachdem er sich 2005 mit der evangelischen Landeskirche zerstritten hatte und seinen Verein aufgelöst hatte, übernahm die Fördergesellschaft für den Wiederaufbau der Garnisonkirche das Anliegen. 2008 wurde eine Stiftung gegründet, die den Aufbau des Turms insbesondere mit Geld des Bundes und Unterstützung der langjährigen Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) vorantrieb.

Pläne, auch das Kirchenschiff wieder aufzubauen, sind inzwischen weitgehend aufgegeben.

Die Stiftung hinter der Garnisonkirche gibt sich nun große Mühe, Bedenken zu zerstreuen. Auf einer Website, die am Dienstag online ging, werden Tourist*innen gelockt, „das Wow-Wahrzeichen“ zu erleben. Es wird aber auch auf die Ausstellung verwiesen, die im Gebäude ebenfalls am 22. August eröffneten soll. Unter dem Titel „Glaube, Macht und Militär“ solle „für Gefährdungen von Demokratien“ sensibilisiert werden. Verwaltungsvorstand Leinemann betonte, dass die AfD zur Eröffnung nicht eingeladen sei. Man wolle sich kritisch mit der Geschichte auseinandersetzen. „Wo nichts ist, wird auch nicht gefragt“, so seine Begründung, warum dafür der Wiederaufbau nötig gewesen sei.

„Versöhnungsrhetorik“ nennt das der Architekt Philipp Oswald, einer der bekanntesten Gegner des Wiederaufbaus, die sich unter anderem in einer Bürgerinitiative zusammengeschlossen haben. „Natürlich“ werde man am 22. August gegen die Eröff-

nung demonstrieren. Er kritisiert den äußerlich originalgetreuen Wiederaufbau: „Es gibt kein Bemühen, die Symbolkraft des Gebäudes zu brechen“. Die aus seiner Sicht viel zu kleine Ausstellung auf einem unattraktiven mittleren Stockwerk des Turms ändere daran nichts, genauso wenig wie die Beteuerungen der Verantwortlichen, man stelle sich gegen Nazis. „Die Rechtsextrremen kümmert nicht, was dixtrinen gepredigt wird“, so Oswald.

Auch die Behauptung, wonach die Stiftung sich stets eindeutig gegenüber Max Klar abgegrenzt habe, stellt der Architekt infrage. „Das Geld, das Klar gesammelt hatte, ist über Umwege in den Bau des Turms geflossen.“ Die Stiftung selbst führe bis heute in ihrer Satzung geschichtsrevisionistische Behauptungen zu den Luftangriffen der Alliierten an. Dass Bundespräsident Steinmeier die Schirmherrschaft für den Wiederaufbau übernahm und zur Eröffnung sprechen wird, sei deshalb „indiskutabel“, so Oswald.

meinung + diskussion 12

Fast wie alt: die Potsdamer Garnisonkirche
Foto: Bernd von Jutrczenka/dpa



Misshandlungen mit System

Israelische Menschenrechtsgruppe wirft Israel Folter von palästinensischen Gefangenen vor

Die Menschenrechtsgruppe B'Tselem wirft der israelischen Gefängnisbehörde Missbrauch und Folter palästinensischer Häftlinge vor. Am Montag legte sie einen Bericht vor, in dem 55 palästinensische Insassen aus dem Gazastreifen, Westjordanland und aus Ostjerusalem nach ihrer Freilassung befragt werden. Diese beschreiben teilweise schwere Misshandlungen, sexuelle Übergriffe, Aushornen, Schlafentzug und andere Formen von Gewalt.

Es handle sich, zweifellos um eine organisierte, erklärte Politik der israelischen Gefängnisbehörde, heißt es in dem Bericht. Nach Informationen von B'Tselem wurden zuletzt mehr als 9.600 Palästinenser in israelischen Gefängnissen festgehalten – etwa die Hälfte davon ohne offizielle Anklage. B'Tselem ist eine über Spenden finanzierte israelische Menschenrechts-

gruppe, die sich gegen die Besatzung der palästinensischen Gebiete und für gleiche Rechte für Juden und Palästinenser einsetzt. Laut der israelischen Aktivistengruppe HaMoked hat sich die Zahl palästinensischer Häftlinge in israelischen Gefängnissen in den vergangenen zehn Monaten verdoppelt. Der Anstieg gehe zum Teil auf etwa 1.500 Häftlinge aus dem Gazastreifen zurück.

Vergangene Woche hatte bereits das Menschenrechtsbüro der Vereinten Nationen einen Bericht veröffentlicht, in dem ähnliche Vorwürfe gemacht wurden. Demnach sind mindestens 53 Menschen in israelischem Gewahrsam ums Leben gekommen. UN-Menschenrechtskommissar Volker Türk sprach bei der Vorstellung des Berichts unter anderem von Waterboarding und dem Loslassen von Hunden auf Häftlinge. Den Inhaftier-

ten sei meist kein Grund für ihre Festnahme genannt oder kein Zugang zu Anwälten gewährt worden. Im Westjordanland gingen daraufhin am Samstag Hunderte von Menschen zum Protest auf die Straße.

Das israelische Militär ermittelt derzeit in einem Fall schwerer sexueller Misshandlung eines palästinensischen Terroristen durch Soldaten in dem Militärlager Sde Teiman im Süden Israels. Dieser Fall hat in Israel für Diskussionen gesorgt. Ein israelischer Armeesprecher sagte nun, man prüfe die Vorwürfe von B'Tselem. Eine Sprecherin der israelischen Gefängnisbehörde erinnerte daran, dass seit Beginn des Gazakriegs vor zehn Monaten die Haftbedingungen sogenannter Sicherheitsgefährdungen auf Anweisung des Ministers für nationale Sicherheit, Itamar Ben-Gvir, verschärft worden seien. (dpa, ap)

taz ✦ lage

„Behindert wird man nur“

Neulich war ein Inklusionsaktivist zu Besuch. Um einmal nachzuvollziehen, welche Hindernisse Rollstuhlfahrer:innen alltäglich überwinden müssen, um von A nach B zu gelangen, war eine kleine Erkundungstour durch das taz-Gebäude geplant. Vor dem Haus, das ließ sich vorab schon feststellen, gleicht die südliche Friedrichstraße für Menschen im Rollstuhl einem Parcours. Der Bordstein? Da ist bei bestem Willen kein Drüberkommen, wo soll denn hier die Absenkung sein? Ah, da hinten, aber leider ist sie zugeparkt von einem Auto, das da eigentlich nicht stehen dürfte. Bei der Eingangstür zu einer Arztpraxis ist zum Glück keine Schwelle, allerdings müssen drei Treppenstufen überdren werden, bevor man zum Aufzug gelangt – Altbau eben.

Das taz-Gebäude, hochmodern und 2018 errichtet, sollte da eine deutlich bessere Figur abgeben. Breite Aufzüge, barrierearme Toiletten, keine unnötigen Schwellen. Dazu Großraumbüros, in denen genügend Platz ist, um mit einem elektrischen Rollstuhl zu wenden, und die Tische höhenverstellbar sind. Doch bei der Probe aufs Exempel scheitert das taz-Gebäude schon am Eingang: Die Tür hat keinen automatischen Türöffner. Ohne Hilfe wird es schwierig, überhaupt ins Gebäude zu kommen.

„Behindert wird man nicht, behindert wird man“, sagt der Aktivist, und man beginnt sofort zu verstehen, was er meint.

Jonas Wahmkow